

WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2020/31037]

4 MEI 2020. — Wet tot regeling van de opschorting van de procedure sociale verkiezingen van het jaar 2020 ingevolge de coronavirus COVID-19-pandemie. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 4 mei 2020 tot regeling van de opschorting van de procedure sociale verkiezingen van het jaar 2020 ingevolge de coronavirus COVID-19-pandemie (*Belgisch Staatsblad* van 13 mei 2020).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2020/31037]

4 MAI 2020. — Loi visant à réglementer la suspension de la procédure des élections sociales de l'année 2020 suite à la pandémie du coronavirus COVID-19. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 4 mai 2020 visant à réglementer la suspension de la procédure des élections sociales de l'année 2020 suite à la pandémie du coronavirus COVID-19 (*Moniteur belge* du 13 mai 2020).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2020/31037]

4. MAI 2020 — Gesetz zur Regelung der Aussetzung des Verfahrens der Sozialwahlen des Jahres 2020 infolge der Pandemie des Coronavirus COVID-19 — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 4. Mai 2020 zur Regelung der Aussetzung des Verfahrens der Sozialwahlen des Jahres 2020 infolge der Pandemie des Coronavirus COVID-19.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST BESCHÄFTIGUNG, ARBEIT UND SOZIALE KONZERTIERUNG

4. MAI 2020 — Gesetz zur Regelung der Aussetzung des Verfahrens der Sozialwahlen des Jahres 2020 infolge der Pandemie des Coronavirus COVID-19

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Abgeordnetenversammlung hat das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen und Anwendungsbereich

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 74 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

Art. 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Gesetzes versteht man unter:

1. Gesetz vom 20. September 1948: das Gesetz vom 20. September 1948 zur Organisation der Wirtschaft, abgeändert durch das Gesetz vom 4. April 2019,

2. Gesetz vom 19. März 1991: das Gesetz vom 19. März 1991 zur Einführung einer besonderen Kündigungsregelung für die Vertreter des Personals in den Betriebsräten und Ausschüssen für Arbeitssicherheit, Betriebshygiene und Verschönerung der Arbeitsplätze und für die Kandidaten für diese Ämter,

3. Gesetz vom 4. August 1996: das Gesetz vom 4. August 1996 über das Wohlbefinden der Arbeitnehmer bei der Ausführung ihrer Arbeit, abgeändert durch das Gesetz vom 4. April 2019,

4. Gesetz vom 4. Dezember 2007: das Gesetz vom 4. Dezember 2007 über die Sozialwahlen, abgeändert durch das Gesetz vom 4. April 2019.

Art. 3 - Vorbehaltlich der in vorliegendem Gesetz vorgesehenen Bestimmungen und Abweichungen bleiben die Bestimmungen des Gesetzes vom 4. Dezember 2007, des Gesetzes vom 20. September 1948, des Gesetzes vom 4. August 1996 und des Gesetzes vom 19. März 1991 uneingeschränkt anwendbar.

Art. 4 - Vorliegendes Gesetz ist ausschließlich auf das Verfahren der Sozialwahlen des Jahres 2020, das auf der Grundlage von Artikel 9 in Verbindung mit Artikel 70 Nr. 1, 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 durchgeführt wird, anwendbar.

KAPITEL 2 — Grundsatz der Aussetzung des Verfahrens der Sozialwahlen

Art. 5 - Das Verfahren der Sozialwahlen wird ab dem sechsunddreißigsten Tag nach dem Aushang der in Artikel 14 des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 erwähnten Bekanntmachung, in der das Datum der Wahlen angekündigt wird, ausgesetzt. Dieser Tag, an dem die Aussetzung beginnt, wird auf der Grundlage des in Artikel 14 Absatz 1 Nr. 7 des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 vorgesehenen ausgehängten Wahlkalenders, angegeben in dem im selben Artikel 14 Absatz 4 vorgesehenen obligatorischen Muster, bestimmt.

Art. 6 - Das Verfahren der Sozialwahlen wird bis zu einem später zu bestimmenden Datum ausgesetzt. Dieses Datum wird vom König nach Stellungnahme des Nationalen Arbeitsrates festgelegt. Der König bestimmt zudem nach Stellungnahme des Nationalen Arbeitsrates das neue Datum der Wahlen in Abweichung von Artikel 9 des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 und die Modalitäten der Wiederaufnahme des Verfahrens, insbesondere die Anpassung des bereits ausgehängten Wahlkalenders, der in Artikel 14 Absatz 1 Nr. 7 desselben Gesetzes vorgesehen ist.

KAPITEL 3 — Auswirkungen der Aussetzung auf die laufenden Wahlverfahren

Art. 7 - Alle Verrichtungen aufgrund des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 bis einschließlich zum fünfunddreißigsten Tag nach Aushang der in Artikel 14 desselben Gesetzes erwähnten Bekanntmachung, in der das Datum der Wahlen angekündigt wird, werden abgeschlossen.

Art. 8 - Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 10 bleiben alle Informationen und Beschlüsse, die sich aus den in Artikel 7 erwähnten Verrichtungen ergeben, erhalten, darunter auch die gerichtlichen Entscheidungen, die diese Informationen, Beschlüsse und Verrichtungen betreffen.

Art. 9 - Alle im Gesetz vom 4. Dezember 2007 erwähnten Vereinbarungen, die auf Unternehmensebene innerhalb der in Artikel 7 genannten Frist geschlossen wurden, sind endgültig erworben, mit Ausnahme der Vereinbarungen, die sich ausdrücklich auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19 beziehen. Letztgenannte Vereinbarungen verlieren von Rechts wegen ihre Gültigkeit, sofern die von diesen Vereinbarungen betroffenen Parteien nichts anderes vereinbaren.

Art. 10 - In Abweichung von Artikel 8 werden die Informationen und Beschlüsse in Bezug auf das Datum und gegebenenfalls den Zeitplan der Wahlen und diejenigen in Bezug auf den in Artikel 14 Absatz 1 Nr. 1 und 7 des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 vorgesehenen Wahlkalender gemäß dem vom König zu bestimmenden neuen Datum der Sozialwahlen und gemäß den diesbezüglich festgelegten Modalitäten angepasst, wie in Artikel 6 vorgesehen.

Art. 11 - Alle Verrichtungen aufgrund des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 ab dem sechsunddreißigsten Tag nach Aushang der in Artikel 14 des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 erwähnten Bekanntmachung, in der das Datum der Wahlen angekündigt wird, sind bis zu einem vom König gemäß Artikel 6 festzulegenden Datum ausgesetzt. Alle Verrichtungen ab dem vorerwähnten Tag sind nichtig, unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 13.

Art. 12 - Im Rahmen der Wahlberechtigungsbedingungen für Leiharbeitnehmer im entleihenden Unternehmen und für die Anwendung der eventuellen Streichung aus den Wählerlisten, wie in Artikel 46 des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 erwähnt, werden bei der Beurteilung der in Artikel 16 Absatz 3 Nr. 2 desselben Gesetzes vorgesehenen zweiten Beschäftigungsbedingung die Arbeitstage, an denen der Leiharbeitnehmer während des Zeitraums der Aussetzung des Wahlverfahrens, dessen Beginndatum und Enddatum aufgrund der Artikel 5 und 6 bestimmt werden, im entleihenden Unternehmen beschäftigt war, nicht berücksichtigt.

Art. 13 - In Abweichung von Artikel 11 kann der Arbeitgeber den Beschluss, das Wahlverfahren aufgrund von Artikel 78 § 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 vollständig zu beenden, noch gültig umsetzen und die dem Muster in der Anlage zu demselben Gesetz entsprechende Bekanntmachung der vollständigen Beendigung des Verfahrens aushängen und per Post oder auf elektronischem Wege verschicken. Die Möglichkeit eines Rechtsbehelfs gegen diesen Beschluss zur vollständigen Beendigung, wie in Artikel 78bis des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 vorgesehen, bleibt jedoch nach dem Zeitraum der Aussetzung des Wahlverfahrens uneingeschränkt erhalten.

Art. 14 - Bestehende Betriebsräte und Ausschüsse für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz, die im Rahmen der letzten Sozialwahlen eingesetzt oder erneuert wurden, arbeiten weiter bis zum Datum der Einsetzung der neuen Organe, die infolge der Wahlen, die an einem gemäß Artikel 6 bestimmten Datum stattfinden werden, gebildet werden. Die Dauer der Mandate der Personalvertreter in diesen bestehenden Konzertierungsorganen wird bis zu diesem Datum verlängert und diese Mitglieder haben gemäß Kapitel 4 auch mindestens bis zu diesem Datum weiter Anspruch auf einen besonderen Entlassungsschutz.

Art. 15 - Die Erfüllung der in Artikel 19 des Gesetzes vom 20. September 1948 und in Artikel 59 § 1 des Gesetzes vom 4. August 1996 bestimmten Wählbarkeitsbedingungen wird für die bereits vorgeschlagenen und die nach dem Zeitraum der Aussetzung noch vorzuschlagenden Kandidaten im Rahmen des laufenden Wahlverfahrens auf der Grundlage des ursprünglich festgelegten Datums der Wahlen überprüft, das durch Aushang der in Artikel 14 des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 erwähnten Bekanntmachung, in der das Datum der Wahlen angekündigt wird, festgestellt worden ist.

KAPITEL 4 — *Auswirkungen der Aussetzung auf den besonderen Entlassungsschutz der Personalvertreter und der Kandidaten für das Amt als Personalvertreter*

Art. 16 - Unbeschadet der in vorliegendem Kapitel vorgesehenen Abweichungen bleiben die im Gesetz vom 19. März 1991 vorgesehenen Bestimmungen in Bezug auf den besonderen Entlassungsschutz für Personalvertreter und Kandidaten für das Amt als Personalvertreter für die Personalvertreter in den bestehenden Konzertierungsorganen, für die bei den letzten Sozialwahlen vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt als Personalvertreter, für die im Rahmen des laufenden Wahlverfahrens vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt als Personalvertreter und für die gewählten Mitglieder der im Rahmen der verschobenen Wahlen einzusetzenden neuen Organe uneingeschränkt anwendbar, auch während des Zeitraums der Aussetzung des Wahlverfahrens.

Art. 17 - Die Verlängerung des Schutzzeitraums um sechs Monate, wie in Artikel 2 § 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 19. März 1991 erwähnt, wird ab dem ersten Tag der vom König gemäß Artikel 6 festgelegten Wahlperiode berechnet.

Art. 18 - In Abweichung von Artikel 2 § 3 des Gesetzes vom 19. März 1991 haben Kandidaten für das Amt des Personalvertreters, die nach dem Zeitraum der Aussetzung des Wahlverfahrens vorgeschlagen werden, um bereits vorgeschlagene Kandidaten auf der Grundlage der Artikel 37 bis 39 des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 zu ersetzen, Anspruch auf besonderen Entlassungsschutz während eines Zeitraums vom dreißigsten Tag vor dem Aushang der Bekanntmachung, in der das Datum der Wahlen angekündigt wird, bis einschließlich zum Tag vor der Aussetzung des Wahlverfahrens und dann während eines Zeitraums vom sechsunddreißigsten Tag vor der Wiederaufnahme des Wahlverfahrens, der im neuen Wahlkalender gemäß den vom König vorgeschriebenen Modalitäten auf der Grundlage von Artikel 6 bestimmt wird, bis zum Tag der Einsetzung der bei den folgenden Wahlen gewählten Kandidaten oder, für diejenigen, die bereits Kandidaten waren und bei den letzten Wahlen nicht gewählt wurden, bis zwei Jahre nach Aushang der Ergebnisse der verschobenen Wahlen.

Art. 19 - § 1 - Für Arbeitnehmer, die infolge ihrer gültigen Kandidatur oder ihrer Wahl im Rahmen der letzten Sozialwahlen Anspruch auf besonderen Entlassungsschutz im Sinne des Gesetzes vom 19. März 1991 haben und die im Rahmen der aktuellen Sozialwahlen nicht erneut kandidieren, wird der Zeitraum des besonderen Entlassungsschutzes um einen Zeitraum verlängert, der der gemäß Artikel 14 verlängerten Dauer der Mandate entspricht, unbeschadet der Bestimmungen von § 2.

§ 2 - Für Arbeitnehmer, die infolge ihrer gültigen Kandidatur oder ihrer Wahl im Rahmen der letzten Sozialwahlen Anspruch auf besonderen Entlassungsschutz im Sinne des Gesetzes vom 19. März 1991 haben und die im Rahmen der aktuellen Sozialwahlen nicht erneut kandidieren und die vor dem 17. März 2020 unrechtmäßig entlassen wurden, wird für die Berechnung der Entlohnung, auf die sie gegebenenfalls Anrecht hätten, der Zeitpunkt des in Artikel 17 § 1 desselben Gesetzes erwähnten Endes des Mandats anhand des ursprünglich festgelegten Datums der Wahlen festgelegt, das durch Aushang der in Artikel 14 des Gesetzes vom 4. Dezember 2007 erwähnten Bekanntmachung, in der das Datum der Wahlen angekündigt wird, festgestellt worden ist. Auf der Grundlage des ursprünglich festgelegten Datums der Wahlen wird ein fiktives Datum der Einsetzung des neuen Organs bestimmt, das höchstens 45 Tage später liegt.

§ 3 - Für Arbeitnehmer, die infolge ihrer gültigen Kandidatur oder ihrer Wahl im Rahmen der letzten Sozialwahlen Anspruch auf besonderen Entlassungsschutz im Sinne des Gesetzes vom 19. März 1991 haben und die im Rahmen der aktuellen Sozialwahlen nicht erneut kandidieren und die ab dem 17. März 2020 unrechtmäßig entlassen wurden oder werden, wird für die Berechnung der Entlohnung, auf die sie gegebenenfalls Anrecht hätten, der Zeitpunkt des in Artikel 17 § 1 desselben Gesetzes erwähnten Endes des Mandats anhand des Datums der Einsetzung der neuen Organe, die infolge der an einem gemäß Artikel 6 bestimmten Datum stattfindenden Wahlen gebildet werden, festgelegt.

KAPITEL 5 — *Schlussbestimmung*

Art. 20 - Vorliegendes Gesetz wird wirksam mit 17. März 2020.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 4. Mai 2020

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Beschäftigung
N. MUYLLE

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
K. GEENS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2020/15036]

12 JUNI 2020. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 8 oktober 1981 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen

VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

ALGEMENE COMMENTAAR:

Het ontwerp van koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 8 oktober 1981 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen, dat aan Uwe Majesteit wordt voorgelegd, heeft drie doelstellingen.

Allereerst heeft het ontwerp tot doel de verblijfsdocumenten en de verblijfstitels die afgegeven worden aan de burgers van de Unie en hun familieleden die in het kader van Richtlijn 2004/38/EG van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende het recht van vrij verkeer en verblijf op het grondgebied van de lidstaten voor de burgers van de Unie en hun familieleden, tot wijziging van Verordening (EEG) nr. 1612/68 en tot intrekking van Richtlijnen 64/221/EEG, 68/360/EEG, 72/194/EEG, 73/148/EEG, 75/34/EEG, 75/35/EEG, 90/364/EEG, 90/365/EEG en 93/96/EEG op het grondgebied van het Rijk verblijven, veiliger te maken, door de "lay-out" van deze verblijfsdocumenten te wijzigen.

Deze wijziging past in het kader van de overheidsopdrachten die betrekking hebben op de vernieuwing van de contracten betreffende de fabricatie, de personalisatie, de initialisatie en de verdeling van de elektronische identiteitskaarten, de aanverwante kaarten en andere documenten en de levering van certificatieinstellingen voor rekening van de Federale Overheidsdienst Binnenlandse Zaken, Algemene Directie Instellingen en Bevolking.

Vervolgens verlengt het ontwerp de geldigheidsduur van bepaalde verblijfstitels en verblijfsdocumenten, om zich aan de desbetreffende Europese reglementering te conformeren. In dit geval gaat het om de verblijfsdocumenten die afgegeven worden aan de burgers van de Unie die over een (duurzaam) verblijf in België beschikken ["E(+)-kaart"], de (duurzame) verblijfskaarten van een familielid van een burger van de Unie ["F(+)-kaart"].

Ten slotte strekt het ontwerp ertoe bepaalde verblijfstitels en verblijfsdocumenten opschriften te geven die het type verblijf dat de documenten belichamen, nog beter weergeven.

ARTIKELSGEWIJZE COMMENTAAR:

ARTIKEL 1

Dit artikel strekt ertoe te beantwoorden aan het voorschrift van artikel 40 van Richtlijn 2004/38/EG dat voorziet dat de omzettingen een verwijzing naar deze richtlijnen bevatten wanneer de lidstaten de bepalingen van deze richtlijnen omzetten.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2020/15036]

12 JUIN 2020. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 8 octobre 1981 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers

RAPPORT AU ROI

Sire,

COMMENTAIRE GENERAL :

Le projet d'arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 8 octobre 1981 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers qui est soumis à Votre Majesté a un triple objectif.

Tout d'abord, il vise à augmenter la sécurité des documents de séjour et des titres de séjour délivrés aux citoyens de l'Union et aux membres de leurs familles séjournant sur le territoire du Royaume dans le cadre de la directive 2004/38/CE du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 relative au droit des citoyens de l'Union et des membres de leurs familles de circuler et de séjourner librement sur le territoire des Etats membres, modifiant le règlement (CEE) n° 1612/68 et abrogeant les directives 64/221/CEE, 68/360/CEE, 72/194/CEE, 73/148/CEE, 75/34/CEE, 75/35/CEE, 90/364/CEE, 90/365/CEE et 93/96/CEE en modifiant le « layout » de ces documents de séjour.

Cette modification s'inscrit dans le cadre des marchés publics relatifs au renouvellement des contrats relatifs à la confection, la personnalisation, l'initialisation et la distribution des cartes d'identité électroniques, des cartes apparentées et autres documents et la fourniture des services de certification pour le compte du Service public fédéral Intérieur, Direction générale Institutions et Population.

Ensuite, il augmente la durée de validité de certains titres et documents de séjour afin de se mettre en conformité avec la réglementation européenne y relative. En l'occurrence, il s'agit des documents de séjour délivrés aux citoyens de l'Union disposant d'un séjour (permanent) en Belgique [« carte E(+) »], des cartes de séjour (permanent) de membre de la famille d'un citoyen de l'Union [« carte F(+) »].

Enfin, il vise à donner à certains titres et documents de séjour des intitulés reflétant davantage le type de séjour qu'ils matérialisent.

COMMENTAIRE ARTICLE PAR ARTICLE :

ARTICLE 1ER

Cet article vise à respecter le prescrit de l'article 40, de la directive 2004/38/CE qui prévoit que lorsque les États membres transposent les dispositions de ces directives, les actes de transposition contiennent une référence aux présentes directives.